



Die Ukraine – Manövriermasse zwischen Russland und dem ‚Westen‘?

Will der ‚Westen‘ seinen politischen Zweck noch erreichen?

Dr. Klaus Olshausen

März 2015

Zusammenfassung

18 Monate nach der Flucht von Janukowitsch aus Kiew, nach Krieg und Annexion der Krim und anhaltendem Krieg in der Ostukraine gewinnt man den Eindruck, dass die Ukraine als unabhängiger, freier Staat bei vielen westlichen Persönlichkeiten deutlich hinter einer Einigung mit Russland über neue Gleichgewichte in Osteuropa zurücksteht.

Russland führt nicht nur eine aggressive Politik gegen die Ukraine, sondern folgt generell einem antiwestlichen Kurs, den Putin mit intensiver Propaganda nach innen und außen untermauert.

Mit einem antiwestlichen Russland kann das Europa der Charta von Paris nicht geschaffen werden. Vielmehr muss man sich wappnen und ggf. wehren. Das offensive Russland wird man nicht mit „Bereitschaft zum Dialog auf allen Kanälen“ zur Rückkehr zu den vereinbarten Regeln der Charta von Paris veranlassen können. Der Westen muss sich Russland entgegenstellen, aber vor allem die Ukraine in allen politischen, ökonomischen und sozialen Belangen massiv unterstützen. Für eine Klärung der Lage kommt es darauf an, von Russland zu verlangen, die Grenze zur Ukraine für militärisches Personal und Gerät zu schließen sowie das bereits im Separatistengebiet vorhandene russische Personal und Gerät gemäß Minsk II abziehen. Wird das nicht erfüllt, sind deutliche weitere Sanktionen auszusprechen. Geschieht dies nicht, vermehren sich die Zeichen, dass der Westen nicht den Willen und die Mittel hat, die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit gegen den russischen Expansionsdrang zu sichern.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Fast 18 Monate nach Russlands Krieg und Annexion der Krim und anhaltendem Krieg mit massiver russischer Unterstützung in der Ostukraine ist es erstaunlich, wenn in Kommentaren zur Sicherheit in Europa immer wieder auftaucht, dass diese nicht ohne oder gar gegen, sondern nur mit Russland herzustellen ist. Von einer Unterstützung für die Verteidigung der Ukraine in ihrem Krieg gegen den übermächtigen Gegner Russland ist wenig oder nichts zu vernehmen.

Das erweckt den Eindruck, dass man Russland doch bitte geben möge, was es fordert, damit es den „Phantom-schmerz und den Zorn des Verlierers“ – vielleicht – überwindet.

Zum gegenwärtigen Sachverhalt

1. Russland führt nicht nur eine stark repressive Politik im eigenen Land, sondern hat in einer Reihe von unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion Konflikte und Kriege geschürt und geführt und Länder wie Moldau und Georgien durch Abspaltungen zu Rumpfstaaten gestützt. Seit 22. Februar 2014 ist die Ukraine dran.
2. Darüber hinaus positioniert sich Putin offen mit einer Politik gegen den ‚Westen‘, dessen Werte er ablehnt, ja für dekadent hält.
3. Die Ukraine mit der seit Oktober 2014 frei gewählten Regierung in Kiew sucht sich gegen die (russisch geführten) Separatisten zu behaupten. Sie muss gleichzeitig den Staatsbankrott vermeiden und wichtige Reformen auf den Weg bringen – mitten im Krieg – und außerdem Entscheidungen zur Umsetzung einer Dezentralisierung des Landes und größerer Autonomie in den Gebieten vorbereiten und treffen, die zur Zeit von Separatisten gehalten werden.
4. Die EU, die USA, der IWF unterstützen die Regierung in Kiew bei der Bewältigung der ökonomischen, finanziellen und sozialen Schwierigkeiten und bei Maßnahmen für die Reform der Regierungsarbeit auf allen wichtigen Gebieten.
5. Gegen Russland als Angreifer haben die EU und die USA eine Reihe von Sanktionen verhängt, die gerade bis Ende Januar 2016 verlängert worden sind.
6. Trotz der vielen und anhaltenden Verstöße gegen die Waffenstillstandsvereinbarung von Minsk II und der fortgesetzten russischen Verstärkungen der Separatisten wird weiter die (sehr optimistische) Erwartung gepflegt, dass alle Punkte dieser Vereinbarung noch bis Jahresende 2015 umgesetzt werden können.

Was bedeutet das?

1. Mit diesem „antiwestlichen Russland“, das offensiv, ja aggressiv gegen Nachbarstaaten auftritt, kann das Europa der Charta von Paris des Jahres 1990 nicht verwirklicht werden.
2. Solange Russland aggressiv handelt und angreift, muss man sich wappnen und ggf. wehren und nicht glauben, dass man einen militärisch handlungswilligen und handlungsfähigen russischen Präsidenten und seine Regierung im Kreml und im Parlament, mit dem Hinweis auf „Bereitschaft zum Dialog auf allen Kanälen“ zur Wieder-Anerkennung der auch von Russland unterzeichneten „Spielregeln“ von 1990, 1994, 1997 und



2002 bzw. zu Zugeständnissen in Sachen Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine veranlassen kann.

3. Es muss Putin klar gezeigt werden, dass man sich „seiner Politik entgegen stellt“ (Carter).

Für die militärische Wirklichkeit in der Ostukraine seit Frühjahr 2014 ist es nützlich, bei Clausewitz nachzulesen:

„Nun könnten menschenfreundliche Seelen sich leicht denken, es gebe ein künstliches Entwaffnen oder Niederwerfen des Gegners, ohne zuviel Wunden zu verursachen, und das sei die wahre Tendenz der Kriegskunst [des ‚Westens‘]. Wie gut sich das auch ausnimmt, so muss man doch diesen Irrtum zerstören, denn in so gefährlichen Dingen, wie der Krieg eins ist, sind die Irrtümer, welche aus Gutmütigkeit entstehen, gerade die schlimmsten.“ (Clausewitz, Vom Kriege, Ullstein Ausgabe, S. 28).

4. Trotz der fortgesetzten Leugnung Russlands mit der militärischen Auseinandersetzung in der Ostukraine etwas zu tun zu haben, ist es offenkundig, dass dort auch nach Minsk II Krieg geführt wird. Dieser ist nur möglich, weil Russland sich dabei massiv auf Seiten der Separatisten beteiligt.

Da der Westen erleichtert betont, dass er der Ukraine keinen Beistand nach Artikel 5 NATO Vertrag leisten muss und praktisch auch keinen Beistand nach Artikel 51 der UN Charta leisten will, ergibt sich nach Clausewitz, dass „ der, welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen, wenn der Gegner es nicht tut“ (Clausewitz, S. 28).

Was kann getan werden?

1. Mit der Ukraine ist die Zusammenarbeit auf allen Gebieten wirtschaftlichen und staatlichen Handelns weiter zu intensivieren, damit der staatliche Bankrott vermieden, wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, staatliche Organisationen vieler Bereiche transformiert und die Sicherheitsstrukturen von Militär und Polizei erfolgreich gegen die Destabilisierung vorgehen können.
2. Um das erklärte Ziel der westlichen Staaten, die Vereinbarungen von Minsk II umzusetzen, ist die Ukraine zu realistischen Schritten der Dezentralisierung im Allgemeinen und der besonderen Autonomie in den von Separatisten gehaltenen Gebieten zu drängen.
3. Russland ist beim Wort zu nehmen, vor allem in zwei Punkten:
 - dass Putin von einer „einigen Ukraine“ (ohne Krim) spricht, auch mit Minsk II
 - dass Putin erstens kein russisches Militär in die Ukraine sendet und zugleich zugestimmt hat, dass fremdes Personal und Material aus den besetzten Gebieten abziehen ist.
4. Daraus folgen Forderungen an Russland,
 - erstens die Grenze für militärische „Urlauber“ aus Russland und militärisches Gerät und Waffen wirkungsvoll zu schließen, da Russland eine ukrainische Kontrolle in den von Separatisten gehaltenen Gebieten nicht gestattet;
 - zweitens dafür zu sorgen, dass russisches Gerät aus den besetzten Gebieten gemäß Minsk II abgezogen wird.



5. Diese Forderungen sind mit zeitlichen Terminen zu koppeln. Um dem Nachdruck zu verleihen sind – wie beim G7 Treffen in Elmau besprochen – klare und harte restriktive Maßnahmen gegen Russland einerseits und wesentliche Verstärkung der ukrainischen Sicherheitsstrukturen andererseits vorzubereiten und transparent anzukündigen.

Wenn die westlichen Staaten an ihrem erklärten politischen Zweck, die Souveränität, territoriale Integrität (zunächst ohne Krim) und Unabhängigkeit der Ukraine zu erhalten bzw. herzustellen, nicht nur deklaratorisch festhalten, sind diese beiden Forderungen an Russland, gekoppelt mit der Ankündigung wirksamer restriktiver Maßnahmen, das Mindeste, was jetzt für das Zwischenziel einer Umsetzung von Minsk II in Angriff zu nehmen ist.

Wie sieht es aber aus?

Wenn die derzeitige von Russland massiv geschürte Krise mit dem Krieg in der Ukraine „unbekanntes, unvermessenes Gelände“ darstellt, dann darf nach 1990 „alternativloses Verhandeln“ mit Russland, um „neue Gleichgewichte“ zu schaffen, eben nicht dazu führen, für die Ukraine die Grundsätze der Charta von Paris außer Kraft zu setzen.

Wenn man dann parallel lesen kann, dass Deutschland mit Russland eine zweite Nordseepipeline verabredet oder gar beschließt, ohne dass die Energieunion der EU beschlossen und die Diversifizierung der Energieversorgung – zum Beispiel mit einem Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven – weiter voran getrieben wird, dann werden gerade die östlichen Mitgliedstaaten der EU und der NATO – von der Ukraine ganz zu schweigen – den Eindruck nicht los, dass Maßnahmen für das „imperiale Fragment Russland“ über ihre Köpfe hinweg vorangetrieben werden könnten.

Der „wahren Plattitüde“, Sicherheit in Europa gebe es nur mit und nicht gegen Russland, geht das gegenwärtige Erfordernis voraus, für die Ukraine und anderen Staaten Osteuropas innerhalb oder außerhalb der EU und der NATO Sicherheit vor Russland zu erreichen.

Es gibt durchaus Anzeichen, dass der ‚Westen‘ weder den Willen hat noch die erfolgversprechenden Mittel sieht, seinen erklärten politischen Zweck, für die Charta von Paris im allgemeinen einzutreten und deshalb die SUTI der Ukraine zu sichern. Putin würde daraus nicht schließen, dass er ein ordentliches Ergebnis mit einer Ukraine in seinem Einflussbereich erzielt hat, sondern diese Abweichung des ‚Westens‘ von seinen ursprünglichen Zielen als Ansporn sehen, sich weitere macht- und geopolitische Ziele zu setzen.

Das entspräche der Einsicht von Clausewitz, dass „die ursprünglichen politischen Absichten im Laufe des Krieges [der Krise, d. Verf.] sehr wechseln ... können, eben weil sie durch die Erfolge und durch die wahrscheinlichen Ergebnisse mitbestimmt werden“ (S.50). Sollte der ‚Westen‘ seinen Kraftaufwand (z.B. der Sanktionen) in dieser Krise für so groß halten, dass er dem Wert des oben genannten Zweckes nicht mehr das Gleichgewicht halten kann, so wird dieser aufgegeben werden und ein (ungünstiger) Friede, v. a. für die Ukraine, die Folge sein. (nach Clausewitz, S.50).

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security

Die Ukraine – Manövriermasse zwischen Russland und dem ‚Westen‘?
Will der ‚Westen‘ seinen politischen Zweck noch erreichen?

Dr. Klaus Olshausen

Issue
No. 363
Juli 2015

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen